

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Verdienstvolle Gewerkschaften haben einen großen Anteil daran, die von den Gewerkschaften und dem Konservativen Partei verdeckte Interessen zu erkennen und zu bekämpfen.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-

Gewerkschaft und Gewerkschaftliche Einheit. Standort 17. Zeitung 1919-10.

Zahl der Abonnenten: 100000, morgens 11 Uhr, aufzuhören und abonne-

men abzuhören und an die Machtstellung zu richten.

Alleinige Anzeigen-Sammlung „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 43.

Duisburg, den 8. November 1919.

20. Jahrgang

Gewerkschaftsbewegung und Klassenkampf.

Wem man in früheren Jahren das Maßstab der Gewerkschaftsbewegung vorgab, so konnte man die Verarbeitung machen, daß sie sich vollgängt in einem Zustand mit dem Stand der Wirtschaftsbedingungen. Nach einer schlechten Konjunktur brachten auch einen Stillstand oder gar einen Rückgang der Gewerkschaftsgüter. Dagegen gaben Zeichen der wirtschaftlichen Risse den Untergang einer glänzenden Aufbausentwicklung der gewerkschaftlichen Betriebsorganisationen, ein Emporschneiden dieser Partien. Doch darf nicht vergessen werden, daß ein starker Entwicklungsrückstand für ein Nachatum der Gewerkschaften auch in abstrakten Wirtschaftsläufen der starke Widerstand war, auf den sie seitens der Kapitalvermögens und in Teilen des großen Oeffentl. Eft stießen die in ihnen selbst eine Stelle revolutionärer Bewegung sah. Und ebenso wenig darf übersehen werden, daß die freien Gewerkschaften sich selbst ein starkes Hindernis in den Weg legten durch ihre eigene Verbildung mit der Sozialdemokratie, die viele Kreise der deutschen Arbeiterschaft vom gewerkschaftlichen Gedanken fernhielt, bis auch für diese Arbeiter dann in den sozialistisch-nationalen Organisationen die Möglichkeit der gewerkschaftlichen Verarbeitung geschaffen wurde.

Die Stellungnahme der großen Oeffentl. Eft zu den Gewerkschaften, insbesondere zu den sozialistisch organisierten wurde eine andere, als die mit Arbeitsaufbruch, also zu der staatlichen und gesellschaftsbehindrenden Politik des 4. August 1914 bekannt und ihr bis zum Kriegsende blieben. Damit handelte sich offenkundlich auch das Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern bzw. deren Organisationen. Da der Zeit vor dem Kriege war es ein solches der Gemeinschaft und der Spannung gewesen, und fast schien es, als ob sich die leidende unmittelbar vor Arbeitsausbruch einem Höhepunkt näherte und eine Entladung bringen sollte. Hier war hindeutlich die Schaltung von Tarifverträgen, und die praktische Tätigkeit der Gewerkschaften war breite ganz auf dieses eine Zusammenarbeit mit den Unternehmen und ihren Organisationen bedingende Ziel eingestellt. Ein Abgrenzen betrachtete man sich aber von beiden Parteien gegenüber mehr als Kampforganisationen denn als Beziehungsorgane. Das wurde mit Arbeitsausbruch wider. Der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft wurde in den Vordergrund gerückt und praktisch auszugestalten gesucht, bis er dann durch das November-Abkommen zwischen den großen Verbinden der Arbeitgeber und Arbeitern hier eine großartige Ausgestaltung und eine rechte Form fand. Es ist.

Wieder ist bis heute diese Arbeitsgemeinschaft in den einzelnen Industriegruppen noch nicht zu der vollen Durchbildung und damit zu der Entwicklung gelangt, die man im Interesse eines ruhigen soliden Wiederaufbaus unserer Wirtschaft erwarten möchte. „Es ist“ so hieß in der höchsten Reichsgerichtsrichter der christlich-moralischen Gewerkschaften, „eine Grundlage gegeben, die unserer Wölfe in seiner politischen Weltmacht keinen Raum als die glänzend politischen Errungenschaften, als Parlamentarismus, republikanische Staatsform und wie weiß was sonst noch. Es wäre wunderschön möglich gewesen eine Arbeitsgemeinschaft einzurichten, die uns vom Schluss des Kriegsgrund fernhielt“ — Hier haben beide Teile verklagt. Manche Kreise der Arbeitgeber könnten und könnten sich nur eingeschworener grundsätzlich mit dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft absöhnen, nachdem man in so lange in Kampfstellung befunden hatte, auch Konkurrenzrichtungen persönliche Dinge u. a. spielten da mit. Die freien Gewerkschaften standen durch die nervous Hoffnung, mit der sie standen, sich an die Seite der Revolution stellen zu müssen, da Arbeitsmöglichkeit auf der Grundlage des Novemberabkommen, nur auch die führender den Radikalismus hier mit Kräften stetig entgegenstemmten und an die Gemeinschaftsarbeitsgemeinschaften gezwungen wurden.

Denn nur diese allein kann uns aus den Schwierigkeiten herausführen, in denen wir uns zur Zeit befinden, und uns wieder zu einer glücklichen Zukunft verhelfen. Denn uns, die wir hier seit Jahren den Gedanken der industriellen Gemeinschaftsarbeit so nachdrücklich vertreten haben, ist es eine hohe Genugtuung, daß er auch in den oben erwähnten Rechtschaffensbericht so aufzuhören unterstrichen wird, indem es hier steht: „Die dingendste Notwendigkeit der Grunde ist, daß sich die vorausgegangene Arbeit in den großen Gewerkschaftsrichtungen unter Abschaffung der extremen Elemente wiederfindet zu einem Zusammengehen mit dem Kapitalismus, das auch diesen Leben läßt.“ Erst dann kommen wir auch in Einzelheiten zu einer Korrektur der unhaltbaren Arbeitsordnungen und einer politischen Wiederaufbau und Sozialisierung einer gerechtlichen Würdigung finden können. Dann wird es auch möglich sein, der nationalen Streitkraft aus politischen Gründen oder auch aus bloßer Machtmittel ein Ende zu machen. Es wird möglich sein, auch die Lohnpolitik wieder in verhältnisse Sagen zu leiten,

und dem Allgemeinen sollte der Gewinnbeteiligung zu rechtiger Würdigung zu verhelfen. Ferner wird es gelingen, der ungünstlichen Wirkung des Schatzreglements entgegenzutreten, die die Revolution mit sich gebracht hat und die es verschuldet, dass hunderttausende von arbeitswilligen Arbeitern in ihrer Tätigkeit gehemmt werden und dass unsere Produktion einen so unzureichenden Fortgang erhält. Es muss dann ferner möglich sein, auch die Regierung der Arbeitszeit so zu gestalten, dass sie unsere Konkurrenzfähigkeit nicht die letzte Spur abweicht. Es ist etwas, alles in die Schablone des Arbeitstages hineinpressen zu wollen.“

Was wird dabei allerdings auch auf die freien Gewerkschaften ankommen. Insoweit, als es ihnen gelingt, ihre Mitglieder zu einer Welle an den Klassenkampfgedanken und zu einem Verständnis zu den Prinzipien eines organischen Wachstums und gesellschaftlicher Lebensförderung zu erziehen. Denn Klassenkampf, Radikalismus und Gewerkschaftsarbeit sind im tiefsten Grund einander wissenschaftlich. Urteilt doch auch der schwedische Montanogenossenschaftsbeamte Dr. H. Müller in seiner Schrift „Die Klassenkampftheorie und das Neutralitätsprinzip der Montanogenossenschaftsbewegung“: „Die Klassenkampftheorie verschuldet in letzter Linie die drohende anarchistische Entwicklung der Arbeiterschaft und ohne dass die führende Tarifakademie und Gewerkschaften sie ehrlich aufgreifen, können sie der anarchistischen Ertreibung niemals wieder Herr werden. Es gibt eben nicht nur eine Logik der Gedanken, sondern auch eine Logik der Tatsachen. Wenn man den Klassenkampf zum Leitenden Prinzip der Arbeitsbewegung proklamiert man ihn als Norm aller politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit, so muss man beim Anarchismus enden. Wenn jedoch Klassenkampf, einschließlich bis ins Extrem verstönt, führt zur gesellschaftlichen Auflösung, zum sozialen Chaos, zur Verstümmelung sozialer Kultur und Bildung. Schon die Auslastung bei Unterstellen der Arbeiter als besondere Klassennot interessiert und die Proklamierung des unbedingten Kompromisses ist im Grunde nicht mehr sozialistisch, sondern anarchistisch. Sozialen polarisierung, auch der des Proletariats, kann niemals zum Sozialismus, sondern zu seinem Gegenteil.“

Wir müssen wieder zurück zur Ordnung, zu jener Wirtschaft, in der auch eine von richtigen Gesichtspunkten ausreichende Gewerkschaftsarbeit geleistet kann, und das ist eine reguläre, wider besseres Wissen, Vollwirtschaft. Wir haben eingangs betont, daß die Gewerkschaftszentralen am besten gedeihen auf dem Boden einer geistigen Wirtschaft. Wenn die freien Gewerkschaften nun im Augenblick über 3 Millionen Mitglieder zählen, die christlichen Organisationen über 1 Million, so ist dies heute aber kein Verdienst für eine natürliche Blüte unserer Wirtschaft, sondern nur ein Zeichen, daß sie künftig kultiviert wird. Erst auf dem Boden einer natürlichen Blüte unserer Volkswirtschaft ist auch eine gesunde Blüte der Gewerkschaften möglich und eine Arbeit, die zu fruchten führt. — Dr. Dr. Dr.

Lohnkommissionen.

Unstreitlich ein Erfolg der Gewerkschaften sind die in den letzten Monaten ins Leben gerufenen Lohnkommissionen. Ihre Aufgaben werden recht vielseitig sein, und ein bedeutenderes Dasein werden sie nicht führen. Für manchen Kritiker wird sich die Bisenzendlichkeit erläutern, daß es leichter ist zu kritisieren als jetzt mitzuarbeiten. Sie ist nicht leichter. Ganz oft ist es, was der Markt ein ist, zu berücksichtigen und auch heißt, diese Beplätzung anzunehmen, denn ohne Willkür, hat die Rechte. Welche Angaben sollen denn die Lohnkommissionen erfüllen und wie sind diejenigen zusammengelegt?

Ihre Zusammensetzung ist meistens so gedacht, daß dort Arbeiter eines Berufes oder Werkstatt, davon möglichst einer dem Arbeiterraum (Betrieb) angehörenden, und drei Vertretern des Unternehmens die Kommission bilden.

Ihre Aufgaben bestehen hauptsächlich darin, Streitigkeiten, welche sich innerhalb eines Betriebs oder Betriebes ergeben, zu schlichten, besonders solche Streitfälle, welche sich auf die Bezahlung, Arbeitsbedingungen, Eingehaltung in Lohngruppen, Bezahlung von Elsenthalt bei Alltagsarbeit usw. ergeben.

Wir sehen hier schon auf den ersten Blick, daß sich ein reiches Arbeitsfeld ihnen eröffnet. Vor allen Dingen ist es notwendig, daß in diesen Kommissionen Kollegen sind, die über gute Fachkenntnisse und Objektivität im Betrieb verfügen. Soll jemand den Markt einer Arbeitsgruppe bearbeiten können, ist es unbedingt notwendig, die Arbeit selbst bis in alle Einzelheiten zu kennen. Des Weiteren ist notwendig, daß sie nicht parteiisch sind und auch dem eigenen Kollegen das lassen, was vom rechtlichen Standpunkt aus gezeigt werden muß. Aber breiter ist ihr Sichtfeld nicht, nicht erweitert. Fragen betreffend Lohnzahler müssen sie ebenfalls kennen, denn sie da haften, ebenso wie die Beziehungsseite die Rechtsfähigkeit des Unterneh-

mers nicht aus dem Auge lassen. Die Mitglieder einer Lohnkommission müssen eine gute Allgemeinbildung vom Wirtschaftsfeld haben. Wollen Sie Ihre Autoren ganz erschaffen, und nicht allein als Brüderlichkeit eines kleinen oder größeren Teiles der Belegschaft dastehen, ist es unbedingt notwendig, daß sie mehr oder weniger orientiert sind über Preislistenpreise, Rechnungen, Konkurrenz, Marktlage, sowie über die Wege überhaupt, Arbeit und Aufträge zu erhalten.

Gerade in dem letzten Punkte eröffnet sich für die Lohnkommission ein Arbeitsfeld, wo es nicht der gute Wille und das Wissen um Kunden ausschlaggebend ist. Es wäre nur Vorstell, wollte man das Kenntnis dieser Fragen bei dem größten Teil der Arbeiterschaft voraussetzen. Dazu war ihm sehr Gelegenheit gegeben oder doch nur sehr geringe. Auch lassen sich diese Fragen nicht durch das Lesen eines Buches lösen, sondern hierzu bedarf es Erfahrung und sehr langer Praxis.

Der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter aber verlangt „habe blaues Haus“. Er will ein Mitspracherecht bei der Bewertung seiner Kräfte und Fähigkeiten auf der Arbeitsstelle selbst die für ihn Erfolgs, Sein oder Nichtsein bedeuten. Diese Arbeiter sind sich auch bewußt, daß es ohne rostlose Energie und Überbringen einfach garnicht geht. Wo waren die gewerkschaftlichen Erfolge, wenn die alten Kämpfer vor zehn, zwanzig Jahren dieses Berufsleben nur einen Augenblick verloren hätten. „Es muss es sein, wenn sie in die Materie und Einzelheiten hineinarbeiten.“

On vielen Orten geht man heute davon, für Betriebsräte und solche, die es werden wollen, Kurse einzurichten von den gewerkschaftlichen Organisationen.

Bon hochachteten Herren werden dort Vorträge gehalten über Finanz-, Salz- und Bankfragen, sowie über Bilanzlesen, wie aus einer Einladung zu einem solchen Kursus zu ersehen war.

Sie weiß man nicht, Kollegen, ob das die richtigen Themen und die richtigen Referenten sind, zumal auch wie das Programm weiter besagt, daß höchstens 300 Männer teilnehmen können in einem mehrwöchigen Kursus.

Wenn man bedenkt, daß zum Studium der oben genannten Themen einige Jahre benötigen „Ochens“ notwendig sind, kann man sich vorstellen, was bei einem solchen Kursus herauskommt, zumal wenn man Referenten hierzu nimmt, die in den Kreisen zu Hause sind, mit den Arbeitern in eine oder nur wenig Beziehung gekommen, und folglich kaum etwas messen können, insoweit der Arbeiter seine Studiuren empfanglich ist.

Was wichtiger wäre meines Erachtens, wenn man nicht gleich nur so weit fliegen bis in die Fachkunst, sondern zunächst einmal unten in der Werkstatt auf der Arbeitsstelle fest, die Zusammenarbeit lennen werden sollte.

Voraussetzung für ein Lohnkommissionsmitglied ist, wie schon oben gezeigt, gute Fachkenntnisse. Wie Fragen seines Berufes müssen ihm gefährlich sein;

Weiter muss er wissen, wie ein Alltagspreis zusitzende kommt. Die Festlegung eines Alltagspreises ist tatsächlich nicht so einfach, oder gar willentlich, wie manche Menschen denken. Es muß die Arbeitsezeit ermittelt werden, man muß sie erreichbar, schätzbar, vergleichbar mit ähnlichem, oder früher ausgeführten Aufträgen, die Bank, auf dem die Arbeit gemacht werden kann oder gemacht werden muß, die Leistungsfähigkeit der Bank, ob sie frei ist zu der fraglichen Zeit usw. Erst wenn dieser ganze Fragenkomplex geklärt ist, kann man die Summen ermessen, welche für die Herstellung eines Stückes eingesetzt werden müssen, den Alltagspreis.

Wer aber nun meint, daß der oft mit großer Mühe erreichte Preis unter allen Umständen der richtige sei, ist im Irrtum. Nach dem Entgelt (Alltagspreis) für den in Freizeit kommenden Arbeiter oder auch nach der Zeit, welche zur Herstellung gebraucht wird, richten sich die Fälligkeiten des Generalvertrags. Hier zu Hause steht ein neuer Zettel auf, der bis jetzt noch nicht erörtert wurde, dessen wegen aber nicht minder wichtig ist. Erstens müssen wir ihn haben, um den Gesamtbezahlungspreis zu erhalten, zweitens zeigt er uns in Gemeinschaft mit dem Alltagspreis, ob Leute weiter (oder in laufmännischen Standpunkt aus betrachtet) richtig war.

Die Generalkosten stellen sich zusammen aus Gehältern für die Werkleitung, Meister, Schreiber, Belegschaft, Fälligkeiten, Versprechen für Maschinen, Zinsen, Licht, Kraft, Brennstoff usw. Diese Kosten werden in Form von Prozenten dem oben ermittelten Alltagspreis zugeschlagen. Diese Fälligkeiten bewegen sich in den verschiedensten Höhen. Sie unterscheiden 100 Prozent, aber auch 100 Prozent usw. betragen. Von Zeit zu Zeit müssen diese Fälligkeiten geprüft und neu festgesetzt werden. — J. M.

(Schluß folgt.)

Das Loch im Westen.

Unser Wirtschaftsleben blutet aus tausend Wunden. Die Zahl der Arbeitslosen redet eine deutliche Sprache. Unsere Valuta sinkt immer weiter, die deutsche Mark hat noch einen Wert von 15 Pf. Der verlorene Krieg und die Revolution sind nicht die einzigen Ursachen. Verschiedene Umstände wirken zusammen, daß die Wunden an unserem Wirtschaftskörper nicht schneller geheilt werden. Eine große Wunde ist das Loch im Westen, wie es Reichswirtschaftsminister Schmidts kürzlich in einer Rede bestimmt hat. Auch der Reichsfinanzminister fragte über das Fehlen einer Hollgrenze im Westen und den dadurch möglichen Schmuggel und das sich breitmachende Schieberamt.

Die Arbeiterschaft hat ein besonderes Interesse daran, daß dieses Loch verstopft wird. Gewiß, wir haben ein Interesse daran, daß uns mehr Lebensmittel aus dem Auslande zugeführt werden. Die Wehrde tut auch alles nach dieser Richtung; aber dem wilden Aufkauen und Verschwenden der Waren durch unkontrollierbare Kucher muss ein Siegel vorgeschoben werden.

Welche Unmenigen Augustartikel werden heute über die westliche Grenze nach Deutschland geschoben? Es sind Werte von ungezählten Millionen. Genußmittel wie Kaffee, Tee, Schokolade, Kakao, Tabak, Zigaretten usw. wandern ebenfalls in großer Menge über die Grenze. Tausende Schieber machen ein glänzendes Geschäft dabei. Man kann es wohl verstehen, wenn Arbeiter nach das Tores Arbeit eine Packete Tabak oder eine Zigarette rauschen wollen, wenn man hat Verständnis für den Wunsch, wieder einmal Kaffee oder „echten“ Tee zu trinken oder eine Tafel Schokolade zu essen; aber man ist sich der Gesamtwirkung dieser Art der Versorgung nicht bewußt.

Die Millionen, die für Augustartikel und Genußmittel über die Grenze wandern, verschletern unsere Valuta. Unser Geld ist ohnedies entwertet. Kaufen wir für 150 Mark, so müssen wir 1000 M. dafür bezahlen. Wir müssen Devisen und Kredite in Anspruch nehmen. Diese bedürfen wir aber zum Kauf der notwendigen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände. Wäre es nicht besser, anstelle der genannten Genußmittel oder gar Augustartikel lebenswichtige Güter einzuführen? Wäre es nicht besser, Einkauf, Verkauf und Verteilung den Behörden zu überlassen? Dadurch bekämen auch die Minderbemittelten etwas im Gegensatz zu heute, wo hauptsächlich Besserrichtete und solche Leute, die genannten Waren erhalten, die die „richtigen Verbindungen“ haben. Die Wehrde würde die Waren auf dem üblichen Wege einführen. Unsere norddeutschen Häfen würden dabei gewinnen. Die Zahl der Arbeitslosen ginge zurück. Wieviel Geld stecken heute allerlei fremdländische und deutsche Agenten für die Verschwendung von Waren ein, und wieviel Schmiergelder werden von sauerverdienten Arbeitergroßhändlern bezahlt?

Dazu kommt eine weitere Folge. Durch die großen Mengen englischen und amerikanischen Zigaretten, mit denen jetzt Deutschland überchwemmt wird, werden unsere deutschen Tabakarbeiter arbeitslos gemacht. Die deutsche Regierung hätte, wenn man nicht auf den Tabak verzichten will, ein größeres Interesse daran, Tabak in Asien und diesen in Deutschland verarbeiten zu lassen. Dadurch würden deutsche Arbeiter Beschäftigung und Verdienst finden. Deutsche Arbeiter sind es also, die durch ihr Verhalten unbewußt dazu beitragen, daß deutsche Arbeiter geschädigt werden.

Bon welcher Seite man die Sache betrachtet, die Forderung des Reichswirtschaftsministers, daß es notwendig sei, das Loch im Westen zu verstopfen, ist berechtigt. Wenn es Schieber und Schmuggler nicht tun wollen, und die Regierung auf den größten Widerstand bei England und Frankreich stößt, die ein Interesse an diesem Schmuggel haben, dann sollte die deutsche Brüderlichkeit zur Selbsthilfe greifen und auf gewisse Produkte ganz verzichten oder

sich wesentlich einschränken. Der Vorstell dieser Weisheit wird sich bald zeigen.

Die 14. Generalversammlung des sozialen Metallarbeiterverbandes.

Endlich kam man auch dazu, das Büro des Verhandlungstages zu wählen. Es ist wohl ein kaum gehörter Vorhang, daß ein Kongress erst am 4. Verhandlungstag, wo der Hauptteil der Arbeit erledigt sein sollte, dazu kommt, ein Büro zu wählen. Das zeugt von der inneren Gefahrenherrschaft, die auf der 14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes ruht. Auch bei der Wahl setzte die radikale Opposition unter Umrechnung der alten Verbandsführer ihren Willen durch. Sie schickte aus ihren Reihen Brandes, Magdeburg und Richard Meichel aus Berlin ins Präsidium, von der „Mehrheits-Mehrheit“ kam der bisherige 2. Verbandsvorsitzende Meichel aus Stuttgart dazu.

Sobann erkattete Schmidts Bericht des Verbandsvorstandes. Er rief zunächst den Vorwurf zu, daß der Vorstand des Verbandes zur Verlängerung des Krieges bestraft habe. Dieser Vorwurf wurde bei einer Betrachtung der Lage nicht bestanden. Nur eine internationale Konferenz hatte eine Veränderung schaffen können. Ein großer Teil der Mitglieder hätte es an Willkür fehlen lassen. Nicht einmal eine Einschätzung der Überzettelbarkeit konnte beiderseits stattfinden. Die Spaltung bei der Anerkennung der Friedensbedingungen sei der größte Fehler für die Gesamtbewegung gewesen. Diese werde gefährlich für die Zukunft des Sozialismus. Er schlägt eine Resolution gegen die kapitalistischen Verbündeter vor, denen entgegen getreten werden müsse. Der Vorstand hatte auch größere Fortschritte gemacht als gerichtet vorhanden. Die Mitgliederzahl hätte am 1. September 1919 1400000, darunter 200000 weibliche, betragen. Er wisse den Vorwurf, der Vorstand wolle den Kapitalismus wieder aufrichten, zurück. Dessen Herrschaftsstellung sei zu brechen. Schritt für Schritt müsse aufgebaut werden, wenn unsere Wirtschaft nicht zerstört werden soll. Wenn seit verschiedene Betriebe in Kreisförmigform übergeben würden, müßten Betriebsräte Vorratslagerungen vornehmen. Vor Experimenten müsse man sich halten. So die Überführung im Interesse der Arbeiter liegt, müsse sie geschehen. Wer mitarbeitet, könne nicht zu solchen Misstrauenskundgebungen kommen, wie es eine Anzahl Betriebsausschüsse getan. Der Vorstand gibt zu daß Versäumnisse vorliegen, aber nicht mit Wissicht. Die Form der Zusammenarbeit müsse auf eine fähige Basis gestellt werden. Mit dem System, daß denen, die alles für die Organisation eingesetzt haben, der Stuhl vor die Tür gestellt werde, müsse abgehoben werden. So kommen heute Leute auf die Beamtentypen, die kaum einige Monate Verbandsmitglied sind. Die neue Wirtschaft ist ohne Anteilnahme der Arbeit unmöglich. Die Schrift des Arbeitswillen ist Pflicht jedes Einzelnen. Die Bildungsarbeitsgruppen sollen ausgestaltet werden. Die Taktik der Betriebsaufstellung, um den Übergang oder Austritt oder Zustritt Christlich- oder Christ-Denkmal-Organisator zu erwirken, kann nicht geblüfft werden. Durch solch Mittel anders eingesetzte Leute in den Verband zu ziehen, wäre nicht den gewünschten Erfolg haben. Wenn nicht die Entwicklung im Auslande solchen Schritt hält, können wir den Aufstandtag nicht aufrecht erhalten. Deshalb das große Ziel, die Welt umzuwandeln. Meichel schloß mit dem Wunsch, dem Streit den Geist der Einheit zu Grunde zu legen.

Die Delegierten bewilligten dann den für Stuttgart sehr hohen Betrag von 40.— M. als Tagesspeise. Nach Meichel kam der Führer der Opposition Dössmann aus Frankfurt, der auf der ganzen Tagung der „Mehrheits-Mehrheit“ die Überlegenheit der Zahl seiner Stimmen oft höhnisch zu spüren gab, zum Wort. In fast dreistündigem Reden erging er sich in oft schärfer

Weise gegen die Politik des Verbandsvorstandes, der Generalversammlung und der Mehrheitssozialdemokratie, die er als schwindig und handlungsbereit bezeichnete. Dössmanns Programm ist das der Unabhängigen, Klassenkampf, Diktatur des Proletariats und Herrschaft der Arbeiterschaft. Bei der Befolgung dieses Programms meint Dössmann, wären auch die Christlichen und Christ-Denker verschwunden. Der starke Aufführung der Christlichen Gewerkschaften, die seit der Revolution ihren Mitgliedsstand fast verdoppelt haben, ist Dössmann ein besondere Gegenstand des Vergnügens. Die deutschen sozialistischen Gewerkschaftsführer, die auf den letzten Amsterdamer Kongress gingen, nennt er „Verbrecher.“

Auch der 5. und 6. Verhandlungstag stand im gleichen starken Gegensatz. Der Vorsitzende Kummer-Lekal kam zunächst zum Wort. Er sprach sich dagegen aus, daß Schmidts in das Ministerium eingetretene sei und suchte im weiteren verschiedenartig die Haltung des Vorstandes zu rechtfertigen. Seine polemischen Ausführungen gegen Dössmann bewegten sich auf dem Boden einer sachlichen Erörterung über Räteverein und Sozialisierung. Es folgte sodann eine lebhafte Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Medmern der Opposition und den M. brüderlich gesellten. In der Debatte ergriff auch Abgeordneter Lepsius-Wolin das Wort, um die Wichtigkeit der sogenannten Kriegsverschuldung der Generalversammlung nachzuweisen. Er bemerkte, daß der Streit daher komme, weil man die Gewerkschaftsorgane zu einem politischen Faktor mache. Im weiteren verteidigte er die Wichtigkeit der Arbeitsgemeinschaften, die eine Fortsetzung der alten Tat politisch sei. Der Führer der Opposition Dössmann brachte dann eine längere Resolution ein, die sich gegen Haltung und Politik der Generalversammlung und des Verbandes seit Kriegsbeginn aussprach und deren Stellung verwirkt. Als neue Richtung wird darin gefordert: „Der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft muß ein sozialistischer sozialistischer sein. Davon ausgehend sind Haltung und Politik des Verbandes konsequent auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes und des Rätesystems einzustellen, um den Kampf des Proletariats zum schnellen und sicheren Siege des Sozialismus zu führen, in ständig in der steigenden Weltrevolution des Proletariats.“ Hans Körn sprach sich gegen die Entschließung aus, die diktatormäßig sei. Kummer erklärte, namens der Minderheit die Entschließung Dössmanns für unannehmbar. Meichel gab in seinem Schlussschluß der Generalversammlung Kenntnis von dem Abschiedsbrief des bisherigen Verbandsvorsitzenden und Reichsarbëtäministers Schmidts. Aus diesem Brief spricht die Stimmtung eines enttäuschten Arbeitersführers. Er schreibt z. a.:

Kolleginnen! Kollegen! Nach 28-jähriger Tätigkeit scheide ich aus meiner Stellung als Verbandsvorsitzender. Ich trete dies mit gemischten Gefühlen, aber in Erwartung meiner Pflicht. Daß mir der Abschied nicht leicht wird, brauche ich nicht zu erklären. Ich war dazu entschlossen, noch ehe die Mehrheitsverhältnisse der heutigen Generalversammlung feststanden. Die Entwicklung ist unser Verband genommen hat, machen es mir unmöglich, auch nur einen Teil der Verantwortung zu tragen, die das Wahl des ersten Vorstandes verlangt. Ich scheide in die Überzeugung, daß die langsame Entwicklung des Verbandes unseres Mitgliedern nicht zum Vorstand gereicht. Nachdem aber das Wort die Macht über die Tat errungen hat, muß ich als aufrechter Mann, der zu sein ich mich stets bemüht habe, mich von Euch trennen. . . .“

Am 6. Verhandlungstag sprach das Vorstandsvorsteck Bernhard-Eckhardt über Arbeitsgemeinschaften. Er führte aus, daß die Gründung der Arbeitsgemeinschaften bereits bei den Beschlüssen des Verhandlungstages vom 5. November 1918 zwischen den Verbänden der Arbeitnehmer und Arbeitnehmer. In den Arbeitsgemeinschaften sollen die sozialen und wirtschaftlichen Fragen gemeinsam von den brüderlichen Organisationen durch praktisch zusammengeführte Kommissionen beraten werden. Das von Miller-

mentlichen Leidenschaften zähne. Genaer war es auch nur möglich, bei Versammlungen, die abseits dem großen Wirtschaftsgebiete lagen und so gewisse wachen ein Einsiedlerdasein hatten, wenn sie auch mit der Außenwelt in Verbindung waren. Kommunistische Gemeinden mit ein im Strome der Wirtschaft sind nicht zu vergleichen oder wenn sie einmal austreten, dann glauben sie auch genau so schnell wieder zugrunde.

Diese praktischen Versuche eines Kommunismus auf französischer Grundlage wurden nicht mehr fortgesetzt, um so mehr aber nahmen

die Ideen über Sozialismus im achtzehnten Jahrhundert

III. Das achtzehnte Jahrhundert war die Zeit der Aufklärung, die Zeit, in der eine im allgemeinen seichte Philosophie sich auf das Kapital der Menschheitsphilosophie stützte. Frankreich ging da voran. Vor allem waren es Voltaire, Diderot, d'Alembert, die die Idee der Gleichheit in die Massen waren zu einer Zeit, wo Adel und Geistlichkeit die allein berechtigten Stände in Gesellschaft und Staat waren, während auf dem Untergrund ihre Lasten lagen. J. J. Rousseau verkündet in seinem „contrat social“ Gleichheitsein, denn die Gleichheit sei eins der Naturgesetze der Menschheit! Um sie zu erreichen, plante er in der Staatsallmacht das geeignete Mittel gefunden zu haben, mit deren Hilfe jeden Staatsbürger die ihm zustehenden Gleichheit gegeben werden sollte. Ebenso sollten Einkommen, Produktion usw. auf dem Wege der Staatsallmacht geregelt werden.

Die Gedanken, welche die Aufklärungsphilosophie ins französische Volk geworfen hatte, verbunden mit dem ungeheurem Druck, der auf dem französischen Volk lastete, führte zur größten sozialen Revolution der Neuzeit, zur französischen Revolution,

die auf ihre Fahne die Worte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ geschrieben hatte, die aber keines dieser Worte auch nur annähernd gehalten hat, wie es ja jede Revolution getan hat und tun wird.

(Fortsetzung folgt.)

Ethischer oder materialistischer Sozialismus.

IV.

Die neue Zeit, die sich mit dem Wirtschaftswind neuer geistiger Epochen, Humanismus, Renaissance, Reformation anstündigte, zeigte in ihren Tiefen ein Ringen nach neuen Formen, ein Ringen nach neuen Geist und nach neuen Wirtschaftsarten. Aber die Kluft zwischen oben und unten, die Tertiantheit unter den einzelnen Ständen nahm nicht ab, sondern zu. Zu einer praktischen, sozialen Arbeit reichte es nicht, die Kirchenpaltung, der Kampf der Fürsten gegen den Kaiser, die Kleinstadtliche Politik nahm alle Kräfte in Anspruch. Aus dem trüben Da ein verjüngten geistig hervortragende Männer, neue Möglichkeiten zu einer Erneuerung der Wirtschaft zu zeigen.

Es war die Zeit der Staatsromane, in denen man sich aus den düsteren Tagen hinausflüchtete, um in einem phantastischen Gedankenland Vergessen zu suchen. Der Staatskanzler von England Thomas More beschrieb damals seinen bekannten Roman „Utopia“, der ein glückliches, auf kommunistischer Grundlage aufgebautes Staatsleben zeigte. Auch bei uns in Deutschland, in Spanien und Frankreich schlossen diese Staatsromane wie Pilze aus der Erde, ein Werkzeug, wie zerstörend jene Zeit war, und wie sehr sie nach einer Besserung verlangte, wie sie freilich nur in den Gedankenwelt stand.

In der ganzen Zeit sind zwei

praktische kommunistische Gründungen vor sich gegangen, die auf dem Boden des Christentums standen, nämlich die Jesuitenreduktionen unter den Indianern Paraguays und die Baptisten-Gemeinden in Mähren.

Die ältesten von beiden Gründungen sind die Baptisten-Gemeinden in Mähren, wo um das Jahr 1530 ein tiefgreifendes, wirtschaftliches Gebilde aufgerichtet wurde. Der größte Teil der ungefähr 50000 Mitglieder umfassenden Föderation arbeitete direkt für die Gemeinschaft, was diese nicht gebrauchte, wurde von ihr an die Fremde verkauft. Alle Betriebe wurden von zentraler Instanz aus geleitet und miteinander in die Hande arbeiteten. Die Werke-

ten durften die Ressourcen, wenn eben möglich, nur von den Gemeinden beziehen. Wo es aber notwendig war, die Ressourcen von auswärts zu beziehen, wurden sie von der Zentrale en gros für alle Werke in der gleichen Branche besorgt. Alles, was an Geld eingesammelt wurde, mußte an die Gemeinde abgezahlt werden, die die Pflicht der Zulast mit dem zum Leben notwendigen vertrat. Die Verteilung geschah unter dem Prinzip „vernunftgemäß“. Bedeutung, woran jeder seinen Anteil an den Resultaten der Arbeit aller empfangen sollte. Um das Jahr 1620, nach der Schlacht am weißen Berg bei Prag wurden die Baptisten-Gemeinden zerstört, das Vermögen konfisziert und dieseljenigen, die noch an der Baptistenlehre festhielten, des Landes verwiesen.

Den zweiten praktischen Versuch zum Kommunismus machten die Jesuiten in Paraguay unter den dortigen Indianerstämmen. Die Indianer stimmten der Westküste Südamerikas haben mit den Pilzen eine sehr hohe praktische Erfahrung erreicht, durch Vermischung waren sie aber entzweit, während die Indianerstämmen der Mitte und Ostküste Südamerikas ihr altes Dorfleben fortsetzten. Unter diesen Stämmen begannen um das Jahr 1530 die Jesuiten ihre Tätigkeit und eine ihrer ersten Aufgaben war, die wirtschaftliche Lage der Indianer zu erhöhen. Zu diesem Zwecke sammelten sie die schlechten Indianer in Reduktionen (Reserven), die zur Zeit ihrer Hochblüte wohl rund 200000 Indianer umfaßten. Es waren vollständig abgeschlossene Gemeinden. Daß diese Gemeinden ein geschlossenes Wirtschaftsgebilde darstellten, war klar. Sie waren genau wie die Baptisten-Gemeinden Mähren auf sich selbst angewiesen in ihrer Wirtschaft, nur daß in Paraguay ein ausgedehnter zentralisierter Handelsblüte, besonders mit Holzern und Eisen, gegen Reduktionen zugute kam. Seit dem Jahre 1750 legte der Goldrauschfeldzug gegen die Reduktionen und die Jesuiten ein, es entwickelten sich Kämpfe, im Laufe deren die Reduktionen zerstört und mit ihr das blühende Gemeinwesen.

Doch diese beiden kommunistischen Gründungen so lange existierten, hatte keine Hauptrund darin, daß sie durchaus auf dem Boden des praktischen und wirtschaftlichen Christentums standen, das die Liebe zum Nächsten genau so hoch sieht als die Liebe zu sich selbst. Die Föderation, Riedigkeit, Bedrückung usw. fernhielt und die

Berlin vertretene Rätesystem stelle nur eine einseitige Vertretung der Arbeiterschaft unter Ausschaltung der Arbeitgeber unter Beleidigung der parlamentarischen Volksvertretung dar. Vor dieser undemokratischen Entwicklung sei zu warnen. Der über-häufige Machtgedanke stelle auch eine große Selbstauskunft für die Arbeiterschaft dar. Diese dürfe sich keineswegs einbilden, sie könne ohne weiteres eine sozialistische Weltwirtschaft aufbauen. Stell der Verbandstag sich auf den Boden des Rätesystems, so müsse auch der Verband in einen revolutionären Industrie-verband umgewandelt werden. Der Weg zu diesem und einem Abweichen von dem Wege zu den Arbeitsgemeinschaften bedeute die Vertreibung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Ein geopferter Teil der Verbandsmitglieder könnte auf diesem Wege mit der Opposition nicht zusammen gehen. Demgegenüber verlangte Müller-Berlin, der frischere Vorsitzende des Volksrates, daß der Verband zu einer revolutionären Kampforganisation umgebaut werde und sich auf den Boden des Rätesystems stelle. In seinen vorgelegten Leitsätzen verlangt Müller die Durchführung des Klassenkampfes mit aller Stärke und dem Umbau der gewerkschaftlichen Organisation zum Rätesystem unter Ablehnung der Arbeitsgemeinschaften.

Die Ansprache über die Frage Arbeitsgemeinschaften oder Rätesystem war sehr ausgedehnt und es gingen die Meinungen sehr scharf und heftig auseinander. In der nämlichen Abstimmung wurde die Entscheidung Müller mit 191 gegen 120 Stimmen angenommen. In einer zweiten namentlichen Abstimmung wurde die Entschließung Lippmann mit der gleichen Stimmenzahl angenommen. Mit dieser Abstimmung verlorst der Verbandstag die bisherige Haltung und Politik der Generalkommission und des Verbandsvorstandes der sozialistischen Gewerkschaften Deutschlands und spricht sich für den Ausbau des Verbandes auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes und das Rätesystem aus. Eine tumultartige Auseinandersetzung führte eine Debatte über den Belagerungszustand herbei.

Melcher-Stuttgart vertrat die bekannte vom Vorstand nicht gehaltene These, gelang der Stützpunkt Vomant des Deutschen Metallarbeiter-Verbands. Er und der Redner führte an, daß wenn Beante das Vertrauen der Mitglieder nicht mehr hielten, sie auf ihrem Posten nicht mehr verbleiben können. Man könnte in diesem Fall diese Beamten auch mit andern Arbeitern z. B. Rübung der katholischen Gewerkschaften. Schließlich Vomant berichtete zu den Stuttgarter Vorfällen daß er sich h. Aussteuerung mit den Vertretern der Unabhängigen nicht möglich gewesen wäre. Er und sein Kollege Egger hätten in der betreffenden Versammlung sofort Brügel bekommen.

Am 7. Verhandlungstag wurde eine Neuordnung des Gehalts für Verbandsbeamte beschlossen sowie nach einer größeren politischen Erörterung des sozialistischen Müllers-Bremen eine Schriftstellerklärung für Nukland. Der d. Verhandlungstag beschloß verschiedene Änderungen im Verbandstatut insbesondere eine Erhöhung der Beiträge. Die Wochenbeiträge an die Hauptfaz. in der 1. Klasse von 70 Pf. auf 120 Pf. Die bisherige 2. Klasse wurde aufgehoben, und die 3. Klasse mit einem Wochenbeitrag von 60 Pf. (bisher 30 Pf.) zur 2. Klasse vorgerückt. Für die neue 3. Klasse, Lehrlinie und Jugendliche bis zum 16. Jahre wurde ein Zentralbeitrag von 30 Pf. festgelegt.

Am 9. Verhandlungstag wird die Beratung über die Fassung des Statuts fortgesetzt. Die Statutenberatungskommission vertrat eine Erhöhung der Kranken- und Erwerbsrenteunterstützung, die FV-fürstlich dogmatrontrug völige Streitung der Erwerbsrenteunterstützung, zweifellos in der Absicht, die Organisation zu einer ungehemmten Kapitalakkumulation zu gestalten. Als Ergebnis wurde die Erwerbsrenteunterstützung auf der bisherigen Höhe belassen und die Krankenrente stützung den bestehenden Sätzen der Arbeiterrenteunterstützung gleichgestellt. Nach langer Debatte einigte man sich ferner auf eine Erhöhung des Sterbegeldes und der Streikunterstützung.

Eine lebhafte Meinungsverschiedenheit entstehet bei den Anträgen über die Amtstellung und Prämien der Beamten. Der Leitung wird parteiliches Verhalten und Dörmann-Sabotierung der Generalversammlung vorgeworfen.

In den Vorstand wurden gewählt als Vorsitzender: Brandes (USP), Dörmann (USP) und der seitliche 2. Vorsitzende Melcher (SB), ferner der seitliche 1. Kassierer Werner, als 2. Kassierer Schäfer (Lippe, USP), als Sekretär F. Sickert (Hamburg, USP), Helm Schleske (Menschen USP), Otto Löffel (Berlin, USP) und der seitliche Sekretär Herrn. Herznick (SB). Die Schriftleitung der Metallarbeiterzeitung übernahm A. Müller (Berlin) und B. Haase (Kiel, beide USP). Die seitlichen Wissenschaftler werden nicht wieder gewählt, an ihre Stelle treten Lang und Baumann (Frankfurt a. M., USP).

Am letzten Verhandlungstage folgt der Bericht der Beschwerdekommission. Die politische Tendenz, die der Verbandstag beherrschte, kommt auch bei der Erledigung der Beschwerden zum Ausdruck. Im Aufschluß hieran erklärt Haas (Köln), daß er noch keine Beratungsratung erreich habe, die so stupidos und gewissenlos in ihren Handlungen sei wie der Verbandstag. Der Vorliegende Brandes meint die Vorwürfe zurück mit dem Bedenken, daß es allerdings dargestellt bliebe, ob die Beschlüsse der Generalversammlung richtig sind.

Von Kummer und Genossen wird der Generalversammlung folgende Entschließung unterbreitet:

Die erste Bedeutung für den Erfolg unseres Verbandes ist seine organisatorische Geschlossenheit und zahlmäßige Stärke. Aus diesem Grund hat die 14. Generalsversammlung beschlossen, die Vereinigung aller in der Metallindustrie Beschäftigten mit ganz der Kraft zu fördern.

Diese Bestrebung aber wird erschwert, wenn nicht ganz bereit, durch die Absplittungsversuche so genannter Syndikalisten. Seit einiger Zeit wird in stetigem Wege von Mitgliedern als auch von außerhalb des Verbandes stehenden Personen — Syndikalisten — in Wort und Schrift zum Austritt aus dem Verband aufgefordert. In Anbetracht dieser Tatsachen fordert die 14. Generalsversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes den Vorstand wie die Mitglieder auf, diesen Bestrebungen der Syndikalisten mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Wer solche Bestrebungen unterstützt oder ihnen Vorschub leistet, ist als Schädiger der Verbandsinteressen zu behandeln. Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes und einer Konkurrenzorganisation sein."

Die Entschließung zitiert eine Debatte zwischen Unabhängigen und Kommunisten und wird schließlich angenommen mit einer von A. Müller beantragten Einschaltung in der ersten Zeile: "Die neue Kampf- und Organisationsbasis."

Als Tagungsort der nächsten Generalversammlung wird Jenau bestimmt.

So wurde die 19. Generalversammlung des soz. Metallarbeiterverbandes mit einem Sieg der U. S. geschlossen. Aber auch sie werden einsehen, daß man mit Worte lochen muß in Wirtschaftsleben und daß man mit Schlussworten kein wirtschaftlich dauerleidende Land wieder in die Höhe bringen kann. Unsren Mitgliedern aber ist dieser Wendepunkt beim soz. Metallarbeiterverband ein Mönchzeichen, alle ihre Kräfte zur Stärkung unseres Verbandes einzufügen.

Streiflichter.

Das Ende des Gewerkschaftsstreites.

Zwischen Vertretern des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Verbandes katholischer Arbeitervereine, Sih Berlin, haben in den letzten Tagen Verhandlungen stattgefunden, die zu einer Einigung auf folgender Grundlage geführt haben:

Die gewerkschaftliche Zusammenfassung aller christlichen Arbeiter und Angestellten ist eine gebietsspezifische Notwendigkeit. Von dieser Erwagung ausgehend, hat zwischen einer Vertretung des Vorstandes des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands unter einer Vertretung des Vorstandes des Verbandes der katholischen Arbeitervereine, Sih Berlin, eine Aussprache über die unter den katholischen Katholiken auf gewerkschaftlichem Gebiete obwaltenden Meinungsverschiedenheiten und Missverständnisse fortgefunden. Dabei ergab sich Übereinstimmung in folgenden Aussprüchen:

1. Eine Gewerkschaft, die für katholische Arbeiter geeignet sein soll, muß so beschaffen sein, daß sie als solche ihren Mitgliedern die Möglichkeit bietet, die gewerkschaftliche Tätigkeit auch vom Standpunkt der Religion und Moral zu beurteilen, zu beurteilen und dementsprechend zu handeln. Insbesondere dürfen Mitglieder nicht benachteiligt werden, wenn sie auf Grund religiöser Verpflichtungen nach allgemein anerkannten kirchlichen Normen gewerkschaftlichen Maßnahmen nicht zustimmen können.

2. Gegen die gemeinsame Arbeitsteilung an sich ist vom Standpunkt der Moral nichts einzubringen. Sie kann allerdings durch Misstrauen, Umstände und Mittel verwirkt werden. Eine Arbeitsteilung unter Anwendung ungerechter Gewalt ist zu verwerfen.

3. Wir stehen vor einer Neuformung unseres Wirtschaftslebens. Die Schaffung von wirtschaftlichen Selbstverwaltungsföderationen auf gesetzlicher Grundlage und freien Arbeitergemeinschaften von Arbeitgebern und Arbeitnehmern hat eine stärkere Bildung unserer Wirtschaft zur Folge, welche die Bildung friedlicher Einrichtungen zur Regelung des Arbeitverhältnisses, insbesondere gewerkschaftlicher Einigungsräume, mit einbezogene Bevölkerung fordert. Diese Forderung wird sowohl von den katholischen Arbeitervereinen als auch von den christlichen Gewerkschaften mit Nachdruck vertreten.

4. Die Lösung der den Arbeitervereinen und Gewerkschaften gemeinsamen Aufgaben soll durch gesetzlich werden, daß aus Vereinen und Organisationen ein Ausschuß gebildet wird.

Die beiderseitigen Verbandsvorstände haben diesen Entschluß zugestimmt, vorbehaltlich der Genehmigung der Betriebsvereinbarungen ihrer Organisationen.

Hoffentlich ist mit dieser Vereinbarung ein für allemal auch der letzte Rest des ungeliebten Gewerkschaftsstreites beseitigt, sodass ein gutes Zusammenarbeiten von jetzt an beginnen kann.

*

Gemahregelt, arbeitslos.

Gemahregelt — Arbeitslos. Ein hartes, rauhes Wort! Nur derjenige kann es ganz erfassen, der es wirklich gemacht hat. Im alten Kaiserreich haben wir es so oft erfahren müssen. Schwärze, Verlust, Verzweiflung, arbeitslos; verschlissen waren am Ende die Hosen, gehetzt von einer Stadt zur anderen, das war das Los dieser Menschen; kurz gesagt, sie waren gemahregelt, waren arbeitslos. Und doch, nach jahrelanger Auslastungsarbeit haben die Organisationen erreicht, daß die Arbeitnehmer sowie die Arbeitgebervertretungen sich zusammenfinden zu gemeinsamer Arbeit, die Standesvertretungen der Arbeiter waren hierdurch von dem Untermietermarkt angetrieben. Ein Zusammenspiel ging durch die Arbeiterschaft. Endlich kamen wir uns beizutragen, wir werden nicht mehr wegen Zugänglichkeit zur Organisation gemahregelt, werden nicht mehr arbeitslos.

Das war bei der Revolution. — Vieles wurde uns ja vor Jahren in sozialdemokratischen Versammlungen erzählt, wie es aussiehen würde, wenn die Sozialdemokratie am Ruder wäre. Freiheit den Überzeugungen, jeder soll und muß nach seinem Faible leben, so hoch es austral ist. — Jetzt kam über Nacht die Revolution, die freiheitsliebende Sozialdemokratie kam hierdurch ans Rad. In vielen Arbeitervierteln ging ein Jochzen; jetzt haben wir wirklich Freiheit. Wir sind „frei“, welch herrliches Wort! Und jetzt nach einem Jahr Revolution wird es sich erübrigen, sich zu halten, ob wir wirklich als freie Männer im neuen Staat nach unserer Überzeugung leben können. Wie geht's? Eine schwere Enttäuschung haben wir erfahren müssen. Früher im alten Staat wurden wir gemahregelt von Seiten der Kapitalisten und heute? von unseren eigenen Arbeitgebern. Welch ein trauriges Schauspiel! Arbeiter machen Arbeit arbeitslos. — Arbeitslos, weil sie als Charaktere nicht geeignet sind für sozialistische Zwecke. Weil sie als christlich-soz. organisierte Arbeiter sich nicht hineinzuladen lassen in die sozialistische. Deshalb werden sie auf die Straße gejagt, sie sollen und müssen ihre Arbeitstellen verlassen und werden arbeitslos. Gemahregelt — arbeitslos gemacht von Christusfolgern. O welch eine Enttäuschung ist viele im neuen Staat. Wo bleiben die Hörer der Didierung, die uns die sozialistische Freiheit vor Jahren so oft versprochen haben? — Oder sieht die neue Freiheit so aus? Nun, das ist die Unterscheidung, wenn ja und es scheint so, dann gibt es für uns christlich geprägte Arbeiter nur einen Weg: Ich engere zusammen zu schaffen, um den Kampf der Überzeugung glorreicher zu Ende zu führen. Christlich-sozial geprägte Arbeiter, es sind die letzten Rückzugsräume eines zusammenbrechenden, innerlich zerstörten Gebäudes der in unserer Bewegung keinen Nachfolger sieht! Deshalb seine Anstrengung, um uns zu vernichten. Darum Gleichgesinnte ausharren! Der christlich-sozialen Geist muß und wird und soll machen, denn die Zukunft ist unter. Deshalb ihr Brüder und Schwestern aus zum Kampf gegen die Broilosmacher, Terroristen und „Freiheitshelden“, damit sich der Sieg der wirklichen, echten und wahren Freiheit Bahn bricht. — nämlich der Geist der großen christlich-sozialen Arbeiterbewegung!

holen gegen unerlaubte Spekulationsgeschäfte angeordnet. In den allgemeinen Bestimmungen dieser Verfügung heißt es:

1. Artikel. Alle Personen, welche sich an Spekulations- und Sicherheitsgeschäften beteiligen, Preisrichter über unerlaubte und betrügerische Geschäfte treiben, werden mit Buchstaben von 1—15 Jahren bestraft und außerdem mit einer Geldstrafe nicht unter 10.000 Mark.

2. Artikel. Die Gewinne, die aus den unter Artikel 1 genannten Geschäftsbetrieben kommen, werden beschlagnahmt, ebenso die betreffenden Waren.

3. Artikel. Die Verurteilung erfolgt durch ein besonderes Gericht, das sich aus einem Gerichtsherrn als Vorsitzenden und vier Bürgern als Beisitzer zusammensetzt. Gegen die Verurteilung ist keine Berufung möglich. Die Verstetzung des Urteils kann erst nach der Bestätigung durch den General- Obersten Verwalter des Saargebietes, erfolgen.

4. Artikel. Die Personen, die mit der Überwachung und der Unterbindung der vorgenannten Vergehen beauftragt sind und gegen diese Pflicht verstochen, werden mit denselben Strafen belegt.

Wo bleiben die deutschen Arbeitnehmer mit ihren Maßnahmen?

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 9. November, der 4. Monatsbeitrag fällig für die Zeit vom 9. bis zum 15. November.

*

Die Ortsverwaltung Duisburg erhält die Genehmigung, die Beiträge von der 41. Woche ab zu verdoppeln. Un Beiträgen sind also von jetzt ab zu zahlen, wo bisher 1,30 Pf. gezahlt wurde, jetzt 2,60 Pf., wo bisher 1,- Pf. bezahlt wurde, jetzt 2,— Pf., wo bisher 0,50 Pf. bezahlt wurde, jetzt 0,50 Mark.

*

Die Verwaltungsstelle Hagen erhält die Genehmigung zur Erhebung eines weiteren Lokalzuschlags von 20 Pf.

Nichtbefolgung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

*

Der Maschinenbauer Hans Bokelmann, Buch Nr. 69142 wurde wegen unkollegialen Verhalten und Schädigung der Verbandsinteressen gemäß § 20 der Statuten auf Antrag der Verwaltungsstelle Kiel aus dem Verbande ausgeschlossen.

Aus dem Verbandsgebiet

Württemberg. Neuregelung des Kollektivabkommen für die Metallindustrie zwischen dem Verband Württ. Metallindustrieller, dem Deutschen und dem Christlichen Metallarbeiterverband und dem Gewerbeverein (D. G.) haben Anfang Oktober Verhandlungen statt, um eine Neuregelung des Lohnabkommen vom 14. Juni 1919 für Württemberg zu vereinbaren. Die im Hinblick auf die heutige Wirtschaftslage schwierigen Verhandlungen nahmen über zehn Tage in Anspruch. Wie weit die Wirkung des Kollektivabkommenstag, zeigt der von den Arbeitgebern angeführte Rückstand, daß durch diese den Firmen des Verbandes Württ. Metallindustrieller eine jährliche Mehrbelastung von rund 50 Millionen Mark auferlegt wurde, und schwierige Verhandlungen wurde eine Verständigung erzielt. Die Höhe der Arbeitnehmer über 22 Jahren erfuhren ab 1. November 1919 eine Erhöhung von 20 Pf. unter 22 Jahren 15 Pf., für Hilfsarbeiter unter 18 Jahren und Arbeitserinneren von 18 Jahren an 10 Pf. und 5 Pf. unter 18 Jahren 5 Pfennig pro Stunde. Am 1. Januar 1920 erfolgt auf die Bajohrszeit von 20 und 15 Pf. eine weitere Erhöhung von 10 Pf., auf die von 10 und 5 Pf. eine Erhöhung von 5 Pf. In der Fassung für gelehrte Brillenarbeiter, Angestellte der Gruppenförderung der Industrie wurde eine Reihe weiterer Verbesserungen für die Arbeiterschaft zugeschlagen. Die durchschnittliche Verdienststeigerung der Arbeiter über 22 Jahren nicht einschließlich der Erhöhung am 1. Januar 13—14 Mark pro Woche betrugen. Das Resultat im ganzen gewonnen bedeutet eine wesentliche Verbesserung des bisherigen Beitrags und der wirklich bezahlten Löhne. Der Nachdruck des abgelaufenen Kollektivabkommen ist zum Preis von 25 Pf. das Schild vor der Bezirksleitung des Christlichen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart, Luisenstraße 11, sowie von den drei örtlichen Geschäftsstellen, zu begießen. Die nicht dem Verband Württ. Metallindustrieller angehörenden Firmen werden sich der Neuregelung des Kollektivabkommen angupassen haben.

*

Saargebiet. Die Tarifbewegung in der Hüttens- und Metallindustrie. Nachdem die Verhandlungen über den Tarifvertrag für die Arbeiter der Hüttens- und Metallindustrie an Ende gefüllt wurden, ist am Sonntag, den 19. Oktober, der Tarifvertrag der Vertragsparteien, dem Metallarbeiterverband für die Saarindustrie und von den drei Bezirksteilen der Metallarbeiterverbände unterzeichnet worden. Somit tritt der Tarifvertrag in Kraft. Die Höhe werden rückwärts ab 1. September 1919 gezeigt. Der Tarifvertrag ist ein sehr umfangreiches Werk und bedeutet einen Meilenstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung des Saarlandes. Denn in dem nunmehr in Kraft trenden Tarifvertrag ist das Recht, der ungeheure 50.000 Hüttens- und Metallarbeiter des Saarlandes, mitzubestimmen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, verwirklicht. Seither ist zu beobachten, daß ein Teil der Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, insoweit sie sich zu den unabkömmligen Sozialdemokratie bekehren, den Tarifvertrag aus politischen Gründen ablehnen. Die Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes haben bis jetzt in allen Konferenzen und Versammlungen einstimmig den Tarifvertrag angenommen und steuern sich, endlich aus dem alten System in ein neues System, in dem die Rechte und die Gleichberechtigung des Arbeiters gesichert ist. Auch materiell bedeutet der Tarifvertrag ein Vortell für die Arbeiter, denn die Lohnverhandlungen betreffen 1.000 Pf. bis 4.— Pf. pro Tag. Der Tarifvertrag läuft mit dem nächsten Monat ab und ist nicht verlängert. Immerhin bedeutet der Tarifvertrag eine brauchbare Grundlage, auf der weiter aufgebaut werden kann. Der Tarifvertrag läuft mit dem nächsten Monat ab und ist nicht verlängert. Der Tarifvertrag läuft mit dem nächsten Monat ab und ist nicht verlängert. Der Tarifvertrag läuft mit dem nächsten Monat ab und ist nicht verlängert.

*

Siegen. Die Ortsgremien und Betriebsvertreter, sowie die Mitgliederversammlungen des Christlichen Metallarbeiterverbandes tagten in einer Tagung, den 21. Oktober, im Hundischen Saale. Ratlosigkeit und Konflikte waren die Ergebnisse der Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband. Betriebsvertreter waren die Mitgliedschaften von 31 Betriebsgruppen und 95 Betrieben durch 256 Delegierte. Nach den erststatten Berichten über den Gang der Verhandlungen, sowie über den Tarifvertrag, der bestrebt war, die Arbeitsverhältnisse der Betriebsgruppen der Metallarbeiterverbande den vorstehenden veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen der Betriebsgruppen zu entsprechen.

*

Der Kampf gegen Schröder — im besiegten Gebiet.

Der Vorsitzende Verwalter des Saargebietes, General Andlauer, hat durch Verfügung vom 15. Oktober die Errichtung eines Spezialgerichts

